

Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung: Bestandsaufnahme und Herausforderungen

Der Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union dient dazu, problematische wirtschaftliche Entwicklungen wie beispielsweise übermäßige öffentliche Defizite oder Schuldenstände, die das Wachstum hemmen und Volkswirtschaften gefährden können, zu ermitteln, ihnen vorzubeugen und sie zu korrigieren. Im Rahmen der Überprüfung des Rahmens fordert das Europäische Parlament (EP) eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten, um die Fiskalkapazität und die Hilfsmechanismen zu verbessern. Darüber hinaus weist das EP auf die Bedeutung der demokratischen Rechenschaftspflicht, der Transparenz und der Beteiligung der Sozialpartner hin.

Auswirkungen der Finanzkrise

Sieben Jahre nach dem Beginn der internationalen Finanzkrise sind immer noch viele Mitgliedstaaten von einer drohenden Rezession, einer niedrigen Inflation und einer hohen Arbeitslosigkeit beeinträchtigt. Laut Eurostat beläuft sich die [Arbeitslosenquote](#) im Euro-Währungsgebiet im Juni 2015 auf 11,1 % (EU28: 9,7 %). Im Mai 2015 lag die [Inflationsrate](#) im Euro-Währungsgebiet bei 0,3 %. Die [Prognose](#) der Kommission ist zwar positiv, doch der Wirtschaftsaufschwung ist nach wie vor anfällig.

Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung: Anwendung und Umsetzung

Um den wirtschaftlichen Herausforderungen besser standhalten zu können, hat die EU einen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung geschaffen, dessen Kernelemente auf einer Drei-Säulen-Strategie (Überwachung, Prävention und Korrektur) gründen. „Überwachung“ beschreibt die Analyse makroökonomischer Daten und die Bewertung von nationalen Haushalten und Reformprogrammen und umfasst den [Jahreswachstumsbericht](#) und den [Warnmechanismus-Bericht](#). Die Säule „Prävention“ umfasst den [Stabilitäts- und Wachstumspakt](#), die als [mittelfristige Ziele](#) definierten Haushaltsziele der Mitgliedstaaten, Empfehlungen und das als [fiskalpolitischer Pakt](#) bezeichnete zwischenstaatliche Abkommen. Im Rahmen der dritten, korrektiven Komponente müssen Mitgliedstaaten mit einem übermäßigem Haushaltsdefizit eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, um einen Schuldenabbau zu erreichen ([Verfahren bei einem übermäßigem Defizit](#)). Für EU-Länder, in denen beispielsweise im Bereich des Außenhandels übermäßige Ungleichgewichte bestehen, kann ein Korrekturmaßnahmenplan mit Zugeständnissen an andere Mitgliedstaaten ([Verfahren bei einem übermäßigem Ungleichgewicht](#)) in Kraft treten. Die Umsetzung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung ist in das [Europäische Semester](#) und das „nationale Semester“ aufgeteilt.

Bericht des Europäischen Parlaments zur Überprüfung

Der Initiativbericht, der von der Berichterstatterin Pervenche Berès (S&D, Frankreich) verfasst wurde, enthält wichtige Vorschläge zur Reform der [Wirtschafts- und Währungsunion \(WWU\)](#). In dem Bericht werden einfache und transparente Verfahren für die wirtschaftspolitische Steuerung gefordert, und es wird warnend darauf hingewiesen, dass die Komplexität des bestehenden Rahmens sowie der Mangel an Umsetzung und Eigenverantwortung seiner Wirksamkeit entgegenwirken. Zur Verbesserung der Vergleichbarkeit statistischer Daten und der Hilfsmechanismen wird u. a. eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten vorgeschlagen. Die Verbesserungen beziehen sich auf die Bewertung makroökonomischer Ungleichgewichte, die Fiskalkapazität der Mitgliedstaaten und die Übertragungseffekte zwischen den Ländern.

In dem Bericht des Ausschusses wird außerdem die Bedeutung von Investitionen und von wachstumsfördernden Strukturreformen hervorgehoben, und in diesem Zusammenhang wird die Kommission aufgefordert, im Einklang mit ihrer erläuternden Mitteilung Gebrauch von der Flexibilität im Rahmen der bestehenden Vorschriften zu machen. Darüber hinaus wird die Bedeutung der demokratischen Rechenschaftspflicht und der Transparenz betont, und die Haushaltsausschüsse der nationalen Parlamente werden aufgefordert, vor der Annahme des jeweiligen Entwurfs des Haushaltsplans des betroffenen Mitgliedstaats die für die wirtschaftspolitische Steuerung zuständigen Kommissionsmitglieder systematisch zu einer öffentlichen Aussprache in ihren jeweiligen Parlamenten einzuladen. Außerdem fordert der Ausschuss die Aufnahme des [Europäischen Stabilitätsmechanismus \(ESM\)](#) in das Unionsrecht. Zudem wird eine stärkere Beteiligung des Europäischen Parlaments an dem künftigen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung gefordert.